

MDR Sachsen – Sachsen-Politik-Podcast

Freitag, 14. Februar 2025

Thema: Masterplan für die Minderheitsregierung? - Kretschmer stimmt Sachsen auf Sparhaushalt ein

**Uta Deckow, Moderatorin
und Daniel Schrödel, Moderator**
MDR Sachsen – Das Sachsenradio

Michael Kretschmer, CDU

Wir werden uns Zeit kaufen.

Jörg Urban, AfD

Das ist eine Demokratiesimulation!

Valentin Lippmann, Bündnisgrüne

Ich habe Ihnen jetzt 5 Minuten zugehört, ich habe kein einziges stichhaltiges Argument gehört.

Luise Neuhaus-Wartenberg, Die Linke

Wenn die Demokratinnen in der Demokratie miteinander nicht aus ihrer Haut können, siegt der Wahnsinn.

Uta Deckow

Wohin steuert Sachsen mit seiner CDU-SPD-Minderheitsregierung? Das bleibt weiter eine knifflige Frage. In dieser Woche aber wurde es konkreter. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat mit seiner Regierungserklärung seine Schwerpunkte benannt. Das Kabinett hat sich auf einen Vorschlag für den Haushalt verständigt, und damit ist zumindest der Rahmen gesteckt, was man sich noch leisten kann. Spannend bleibt, was man sich konkret noch leisten will und was nicht.

Daniel Schrödel

Und dann hat die Minderheitsregierung in dieser Woche noch eine wichtige Hürde genommen. Sachsen hat jetzt – Achtung, wieder mal dieses sperrige Wort – einen Konsultationsmechanismus. Der Vorschlag von CDU und SPD, der wurde im Landtag angenommen. Das heißt, es gibt jetzt endlich Spielregeln, wie die Staatsregierung ihre Gesetze mit der Opposition aushandeln will. Darüber möchten wir im MDR Sachsen Politik-Podcast dann auch gleich sprechen. Am Mikrophon sind Daniel Schrödel und...

Uta Deckow

Uta Deckow.

Daniel Schrödel

Bislang gehörte es ja zur gängigen politischen Praxis, auch im sächsischen Landtag und im Bundestag und in anderen Parlamenten. Ja, die Anträge der Opposition, die wurden von der Regierungsseite abgeschmettert. Diesen, wenn man so will, Luxus, den können sich CDU und SPD ja bekanntermaßen jetzt nicht mehr erlaubenden, denn beiden Parteien fehlen zehn Stimmen für eine eigene Mehrheit im sächsischen Landtag. Und das gibt der Opposition nun die Chance, die Grenzen zur Regierungsseite aufzuweichen und auch die eigenen Anliegen durchzusetzen.

Uta Deckow

Ja, wie funktioniert nun dieser neue Konsultationsmechanismus? Wird unser Wort des Jahres, glaube ich. Plant die Regierung ein neues Gesetz, dann informiert der zuständige Minister oder der Staatssekretär schon in dem Punkt künftig den Fachausschuss im Landtag über die wichtigsten Ansätze. Worum geht's inhaltlich? Wie ist der Zeitplan? Da holt man sich quasi schon mal grundsätzlich ab, wer von den Fraktionen auch die Notwendigkeit für so ein Gesetzesvorhaben sieht.

Ist dann der Referentenentwurf aus dem Ministerium fertig, dann haben alle Fraktionen, Gruppen, auch die einzelnen Abgeordneten, wie beispielsweise Matthias Berger von den Freien Wählern, schon mal zwei Wochen Zeit, ihre Position dazu einzureichen, per Stellungnahme. Dann beginnt der normale Anhörungs- und Beratungsprozess im Landtag. Die Regierung soll dann im Übrigen deutlich machen, welche Vorschläge der Opposition übernommen wurden. Auch die Stellungnahmen sollen also mit veröffentlicht werden. Das Verfahren wurde mehrheitlich beschlossen, aber ich sage es mal jetzt so: Nicht unbedingt mit fliegenden Herzen. Merkt man, glaube ich, auch an dieser Szene mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Sören Voigt:

Sören Voigt, CDU

Meine Damen und Herren, mit der Zustimmung zur sächsischen Konsultations- und Informationsvereinbarung beginnt heute ein neues Kapitel in der politischen Kultur des Freistaates Sachsen. Es wird... [mäßiger Applaus] Gerne, gerne... [kurzer, etwas stärkerer Applaus] Angemessen. Dankeschön!

Uta Deckow

Ja, angemessen, aber...

Daniel Schrödel

Ja, aber der Applaus an der Stelle, der war halt eher lauwarm. Kritik kam ja selbst von den Oppositionsparteien, die zugestimmt haben. Das BSW meinte zum Beispiel, das Verfahren könnte zwar ein demokratischer Meilenstein sein, ein sehr großes Wort. Aber das BSW stört sich am Auftreten der Staatsregierung. Besonders zum Beispiel die Formulierung im Antragstext, dass man „weiterhin erfolgreich regieren“ wolle, die kam nicht gut an. Das zeuge nicht gerade von Demut, schließlich sei die Vorgängerregierung abgewählt worden, heißt es da vom BSW. Für die Grünen ist das Verfahren einfach die, ja, Notwendigkeit, die Realität einer Minderheitsregierung ohne festen Partner, wie sie nun einmal in Sachsen stattfindet. Ihr Landtagsabgeordneter Valentin Lippmann betonte: Das Verfahren sei das eine, aber viel wichtiger sei, in den kommenden Wochen und Monaten eine Vertrauensbasis zu schaffen und tatsächlich miteinander offen zu beraten.

Valentin Lippmann, Bündnisgrüne

Minderheitskoalitionen bilden im deutschen parlamentarischen System aus gutem Grunde eine absolute Ausnahme. Während andere romantisierend von der Renaissance des Parlamentarismus sprechen, welche ganz neue Möglichkeiten in der parlamentarischen Zusammenarbeit ermögli- che, darf nicht vergessen werden, dass diese Konstellation extrem anspruchsvoll, extrem arbeitsreich und extrem voraussetzungsreich sein wird. Und dass Minderheitskoalition allzu oft schneller zu scheitern drohen, als das den Beteiligten lieb ist.

Uta Deckow

Ja, und es wird wahrscheinlich auch extrem lange dauern an der einen oder anderen Stelle. Auch das gehört vielleicht zur Wahrheit dazu. Also, die Grünen und die Linken haben klipp und klar gesagt, sobald es in irgendeiner Form eine Zusammenarbeit mit der AfD gibt, dann sind sie raus aus jeglicher Zusammenarbeit mit der Minderheitsregierung. Aber das würde ja auch die Koalition von sich aus schon sprengen. Wir haben darüber ja schon häufig geredet hier im Podcast. CDU und SPD haben ja gemeinsam im Koalitionsvertrag ausgeschlossen, dass man auf Stimmensuche bei der AfD geht. Und die AfD hat, wie angekündigt, das Konsultationsverfahren abgelehnt, prüft wohl eine Klage vor dem Verfassungsgericht. Und zu dem Punkt kam es dann im Landtagsplenum auch zu einem Schlagabtausch zwischen Joachim Keiler von der AfD und Valentin Lippmann von den Grünen. Hier ein eher ruhigerer Ausschnitt von diesem Wortgefecht. Erst zu hören die AfD, dann die Grünen.

Joachim Keiler, AfD

Wir sehen einen Verstoß gegen den Grundsatz, dass Regierungskernaufgaben auch von dieser wahrgenommen werden müssen und nicht in Gesprächsrunden außerhalb des Parlaments verlegt werden dürfen. Dies hat nämlich eine Verwässerung der Verantwortungslinien zur Folge. Der Bürger kann keine Unterschiede mehr erkennen, um bei Wahlen zu reagieren. Plenar- und Ausschussdebatten werden entwertet, wenn Debatten nicht mehr oder nur in geringem Umfang parlamentsöffentlich geführt werden. Dies führt zu einem gravierenden Verstoß gegen das Gebot der Öffentlichkeit. Entgegen der Behauptung im Antrag ergibt sich eine erhebliche Intransparenz, nicht Transparenz.

Valentin Lippmann, Bündnisgrüne

Ich habe Ihnen jetzt 5 Minuten zugehört, ich habe kein einziges stichhaltiges Argument gehört. Weder vermag ich zu erkennen, dass dies in irgendeiner Weise ein Eingriff in die exekutive Eigenverantwortung ist, noch vermag ich zu erkennen, was überhaupt an einem Mehr an Informationen eine Einschränkung der Rechte

des Landtags sei. Noch vermag ich zu erkennen, wie die Öffentlichkeit dieses hohe[n] Hauses eingeschränkt werden soll. Weil es ist und bleibt der Grundsatz: Gesetze, in diesem hohen Hause, werden in diesem Plenarsaal diskutiert. Sie werden in den Ausschüssen dieses Hauses diskutiert. Und daran wird kein Konsultationsmechanismus der Welt nur eine Silbe ändern. Und dabei wird es auch bleiben. Und das ist auch gut so.

Uta Deckow

Ja, und da muss man Valentin Lippmann an der Stelle einfach mal recht geben. Es wird hier lediglich ein Verfahren vorgeschaltet und nicht eins ersetzt. Und im Übrigen hat die AfD auch schon angekündigt, dass sie, je nach Thema, doch inhaltlich mit Stellungnahmen sich beteiligen will. Alles andere hätte mich auch gewundert, weil gerade die AfD in Sachsen ja immer wahrgenommen werden will als jemand, der sich mit Sacharbeit beschäftigt. Und das wiederum bringt dann der AfD schon den Vorwurf der Gegenseite ein, hier handle es sich lediglich um ein wahltaktisches Manöver.

Daniel Schrödel

Anderes Thema noch. Bei den Gesprächen vorab war ja auch dieser vieldiskutierte Punkt, dass es eben keine Einbahnstraße sein dürfte, dieser Konsultationsmechanismus. Noch ist nicht ganz klar, wie die Staatsregierung mit Gesetzesvorhaben aus der Opposition umgehen will. Die Linke erklärte, sie pochen nicht unbedingt auf eine schriftlich fixierte Einigung, aber man wolle nicht als Bittsteller auftreten. Das betonte die Landtagsabgeordnete Luise Neuhaus-Wartenberg in der Debatte. Jetzt verlasse man sich auf die Zusagen von CDU und SPD, dass es auch für die Gesetzesvorhaben eben aus der Opposition so etwas wie einen Konsultationsmechanismus geben soll. Deshalb, trotz der Bedenken, jetzt die Zustimmung. Sozusagen einen Vertrauensvorschuss, damit die extreme Rechte, also die AfD, keine Machtoption bekomme.

Luise Neuhaus-Wartenberg, Die Linke

Aber wir sehen an den USA, wir sehen es in Ös-

terreich. Wenn die Demokratinnen in der Demokratie miteinander nicht aus ihrer Haut können, siegt der Wahnsinn. Seien Sie sich aber auch sicher, wir sind und bleiben Opposition. Eine, die jetzt mitgestaltet. Aber seien Sie sich auch sicher: Wo staatliches Handeln zu Entsolidarisierung führt, wenn bei den Schwächsten der Rotstift angesetzt wird, dann werden Sie uns in bewährter Art und Weise zum politischen Gegner haben. Im Moment sind wir dennoch einigermaßen hoffnungsfroh gestimmt. Es wäre schön, wenn das in Zukunft so bliebe. Haben Sie herzlichen Dank, wir stimmen zu.

Uta Deckow

Ja, hoffnungsfroh gestimmt. Aber das Ganze ist auch für die Linke nicht einfach, auch das haben sie noch mal deutlich gemacht. Denn da gibt es parteiintern schon an der einen oder anderen Stelle großen Erklärungsbedarf. Ein Vertrauensbeweis. Den gab es dann immerhin schon mal in dieser Woche. Der Antrag der Linken zur Entlastung der Pflegekassen wurde beispielsweise nicht abgelehnt, sondern in den Ausschuss überwiesen. Und auch die Einlassungen Michael Kretschmers dazu, den 8. Mai könne man zum Gedenktag machen, diese Einlassung kann man durchaus als Schritt auf die Linke zu interpretieren.

Daniel Schrödel

Und dann gab es noch eine, ja, Neuigkeit. Ein erstes Mal, wir haben es nachrecherchiert. Es gab nämlich im Landtag den ersten Ordnungsruf. Den hat sich die AfD eingefangen. Hier zu hören Ines Saborowski, die Landtagsvizepräsidentin. Die reagiert auf Carsten Hütter von der AfD.

Carsten Hütter, AfD

So, und da bin ich auch gleich mal bei Ihnen, Herr Lippmann. Ihre sogenannte Zivilgesellschaft, die mag in Teilen dagewesen sein. Der Rest war Mob. Das war der Pickel am Arsch der Demokratie, der da aufgelaufen ist.

Ines Saborowski, CDU

Es sprach am Rednerpult Herr Hütter. Und Herr Hütter, ich mache Sie darauf aufmerksam, ich habe es nicht ganz verstanden, möchte auch im

Nachhinein nicht noch mal aufgeklärt werden. Aber ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für ihre Formulierungen, was auch immer Sie an irgendeinem Körperteil haben.

Uta Deckow

Keinen Ordnungsruf, aber ich sage mal einen Mahnungsruf haben sich die Grünen vom Ministerpräsidenten eingefangen. Ich erwähne es deshalb, weil ihre kleine Anfrage, welche Weine bei den Veranstaltungen der Staatsregierung auf den Tisch kommen, es in Sachsen in den letzten Tagen zu einer größeren Berühmtheit gebracht hat. Also, der Ministerpräsident mahnte da, man solle doch mal genau überlegen, wie viel Bürokratie so was bedeute und wie viel Arbeitskraft da gebunden werde. Die Grünen reagierten dann mit dem Hinweis darauf, dass es ihnen ja darum ginge, herauszufinden, ob und welche regionalen Produkte eben besonders gefördert würden von der Staatsregierung. Also, da hat dann der MP wohl auch genickt.

Aber wenn wir beim Thema „Arbeitskraft binden“ sind, dann ist auch nicht unwichtig zu erwähnen: Die Enquete-Kommission zu den Kommunal финанzen, die jetzt auf Antrag der AfD eingesetzt wird, das BSW hat auch zugestimmt. Bei den anderen Parteien war da die Reaktion er einhellig so: Entschuldigung, es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern akuten Handlungsbedarf. Und da kämen dann die Ergebnisse einer Enquete-Kommission ohnehin viel zu spät. Also eher Ablehnung oder Enthaltung. Eigentlich wächst ja, und das muss man eben in puncto Arbeitskraft an der Stelle erwähnen, bei etlichen im Landtag inzwischen die Sorge, dass die AfD auf dem Weg eher versucht – also mit Untersuchungsausschüssen, Kommissionen – die Arbeitsfähigkeit der kleineren Parteien zu schwächen. Die kommen ja mit ihren deutlich weniger Mitgliedern und deutlich weniger Mitarbeitern, dann schnell an den Rand der Belastbarkeit, wenn das so weitergeht. Das vermutet inzwischen so mancher auch als Strategie.

Deutschland droht das dritte Jahr Rezession, die wirtschaftlichen Aussichten: alles andere

als gut. Die politischen Turbulenzen, denken wir jetzt mal nur an die Zolldrohungen von Donald Trump, das alles sorgt nicht für mehr Sicherheit bei den Unternehmen. Und das alles hinterlässt natürlich Spuren auch in Sachsen. Zwar steigen hier die Steuereinnahmen noch im Haushalt, aber eben nicht in dem gleichen Maß wie die Kosten. Wir hatten ja schon mal darüber berichtet. Und das Ganze war jetzt der Hintergrund, vor dem Michael Kretschmer nun am Mittwoch seine erste Regierungserklärung in dieser neuen Legislaturperiode gehalten hat im Landtag. Eine Einstimmung auf schwierige Zeiten.

Michael Kretschmer, CDU

Wir stellen fest, dass die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland auch an uns in Sachsen nicht vorbeigeht. Wir sehen, dass wir über deutlich weniger finanzielle Mittel verfügen werden, ungefähr 2 Milliarden Euro pro Jahr, und wir deswegen uns konzentrieren müssen. Wir werden uns Zeit kaufen, und wir werden gemeinsam mit der neuen Bundesregierung darum ringen, dass die Dinge sich in ganz Deutschland verbessern.

11:44

Daniel Schrödel

„Zeit kaufen“, damit mein Kretschmer den Griff in die Rücklagen in diesem und im nächsten Jahr. Dieser Notgroschen von gut 1,2 Milliarden Euro im Freistaat werde dann mit dem Doppelhaushalt, also am Ende des Doppelhaushalts, aufgebraucht sein. Außerdem wird weniger Geld als bislang in den Beamtenpensionsfonds eingezahlt, so der Plan. Die Corona-Notlagenkredite sollen weiter gestreckt werden. Damit schafft man sich jetzt Luft, kriegt diesen Haushalt noch ausgeglichen hin. Aber danach sind dann eben auch diese Spielräume nicht mehr vorhanden. Wenn die Wirtschaft weiter lahmt und durch die steigenden Kosten unter dem Strich immer weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Michael Kretschmer, CDU

Wir können nur wenig verteilen. Und das, was vielleicht in den vergangenen 34 oder 35 Jahren auch in Sachsen das eine oder andere Mal

passiert ist, dass man unangenehme Entscheidungen nicht treffen musste, dass man Dinge mit Geld geklärt hat, das wird so in den kommenden Jahren nicht möglich sein. Und es ist klar: Niemand trifft diese unangenehmen Entscheidungen gern. Aber Politik heißt eben nicht, Geld zu verteilen, sondern Politik heißt, und das wird uns in diesen Zeiten wieder bewusst, einen Rahmen zu geben, Freiheit zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die wirklich wichtigen Dinge passier[en]. Das ist unsere Aufgabe.

Uta Deckow

Also, Prioritäten setzen. Welche das sein sollen, das wurde noch einmal auf einer Klausur beraten, diesmal in einem Landhotel bei Roßwein. Priorität eins bei Lehrkräften, Beschäftigten in Forschung und Lehre, da soll nicht gekürzt werden. Jugendangebote haben Vorrang. Die Kulturförderung soll mindestens auf dem Niveau von 2024 bleiben. Alle ausgebildeten Anwärter für Polizei, Justiz sollen übernommen werden. Und für die Kommunen soll es ein Finanzpaket von 600 Millionen Euro geben, noch mal obendrauf. Bleibt die Frage, wo genau der Rotstift angesetzt werden soll. Aber die hat CDU-Finanzminister Piwarz nicht beantwortet. Das liegt jetzt erstmal in der Hand der einzelnen Minister.

Christian Piwarz, CDU

Es ist schön gesagt worden, nicht alle Blütenträume werden reifen. Aber dort, wo es notwendig ist, haben wir uns in den letzten zwei Tagen verständigt, entsprechend auch noch mal nachzusteuern, dass man an vielen Stellen auch den Status quo halten kann, dass das, was notwendig ist, getan wird und getan werden kann. Was aber natürlich auch bedeutet, dass wir an anderen Stellen dann Einschnitte vornehmen müssen, was ganz individuell in den einzelnen Häusern dann entsprechend stattfindet. Das ist ein Zwischenschritt. Das große Ziel bleibt, dass wir am 18. März einen gemeinsamen Kabinettsbeschluss für diesen Haushalt treffen werden. Das finde ich, bei aller Schwierigkeit, in der wir uns in vielerlei Hinsicht befinden, noch eine positive Botschaft. Wir befinden uns weiterhin in unserem Zeitplan.

Daniel Schrödel

Ja, und das Ziel bleibt, dass der Landtag den Doppelhaushalt vor der Sommerpause beschließt. Ambitioniert ist das, denn auch dabei ist ja Kretschmer mit seiner Minderheitsregierung auf mindestens zehn Stimmen aus der Opposition angewiesen. Bei seiner Regierungserklärung hat der CDU-Mann dann auch die Hand ausgestreckt in Richtung Linke, BSW und den Grünen, also zu den potenziellen Partnern. Hat gesagt: „Uns verbindet mehr, als uns trennt“. Kam das an? Ich würde sagen, geht so. Zumindest, wenn man auf die Grünen schaut, die, naja, so manche verbale Watsche von Kretschmer ganz sicher noch nicht vergessen haben. Während seiner Rede hat beispielsweise die ehemalige Justizministerin Katja Meier oft den Kopf geschüttelt, die Hände vors Gesicht gehoben, als er sagte, dass politische Gegner keine Feinde sein dürften. Und man hört es auch Grünen-Fraktionschefin Franziska Schubert an:

Franziska Schubert, Bündnisgrüne

Sachsen steht vor gewaltigen Aufgaben, und die nächsten Jahre werden nur gelingen, wenn man sich auf ein ernsthaft gutes Miteinander stützt. Auf ein Geben und Nehmen, auf Großzügigkeit und auf Freiheit. Wir sind bereit, daran konstruktiv mitzuarbeiten, aber wir erwarten von der Regierung und ihrem Chef, sich an der Sache zu orientieren und am Blick für das Gesamte. Dazu wird es mehr verbale Impulskontrolle und Ernsthaftigkeit im Umgang miteinander brauchen.

Uta Deckow

Also wie zu erwarten, da fehlt noch das Vertrauen in den Regierungschef bei den Grünen. Aber es wird ja ohnehin viel mehr als bisher eben auch am Verhandlungsgeschick des CDU-Fraktionschefs beispielsweise, aber eben auch insgesamt der Fraktionen im Landtag liegen, wie erfolgreich oder nicht das ganze Projekt wird. Also, ich denke mal, das ist schon eine Macht- aber eben auch eine Verantwortungsverschiebung hin Richtung Landtag. Auf jeden Fall. Und da wird, das darf man vielleicht an der Stelle auch nicht unterschätzen, auch eine

gewichtige Rolle spielen, wie einzelne Personen da wirklich miteinander klarkommen. Und wenn man das am Rande des Plenums so beobachtet, bei allen politischen Unterschieden, die natürlich da sind, aber auf der persönlichen Ebene kommen dann doch schon recht viele Politiker sehr gut miteinander aus im sächsischen Landtag. Zumindest von den maßgeblichen: Parlamentarische Geschäftsführer, Fraktionschefs und so. Da sieht man schon, dass da zumindest ein persönlicher Respekt vorhanden ist, bei den allermeisten. Das könnte dann wieder optimistisch stimmen. Aber kommen wir noch mal zurück zur Regierungserklärung von Michael Kretschmer, die fiel natürlich jetzt auch mitten in den Bundestagswahlkampf. Und das konnte man auch klar hören am Ende. AfD-Fraktionschef Jörg Urban nutzte quasi seine Retour dann zu einer Generalabrechnung – Kretschmer setze falsche Prioritäten, gebe dafür zu viel Geld aus, und, klar, habe sich mit der SPD auch den falschen Partner gesucht.

Jörg Urban, AfD

Was der sächsische Wähler bekommen hat, ist eine halbgare, rotgefärbte Minderheitsregierung, die jegliche Mehrheitsbildung mit der stärksten Oppositionskraft ausschließt. Eine Koalition der Schwäche, die nur funktionieren kann, wenn die CDU in Hinterzimmern mit Parteien verhandelt, die alles andere als konservativ und bürgerlich sind. Herr Kretschmer, das ist Betrug am Wähler.

Daniel Schrödel

Ja, diese Kritik von der AfD, die ist nicht neu. Die Partei beharrt darauf, quasi als zweitstärkste Kraft der natürliche CDU-Partner zu sein. Das ist ja die ständig wiederholte Behauptung, man habe am Wählervotum vorbei entschieden. Dem hat CDU-Fraktionschef Christian Hartmann dann gleich danach deutlich widersprochen, direkt nach der Rede Urbans.

Christian Hartmann, CDU

Sie können ja vom Wahlergebnis und der Regierungsbildung halten, was sie wollen. Sie können es auch interpretieren, wie Sie wollen, und das kann man auch unterschiedlich sehen. Nur ein Fakt war klar. Der sächsische Wähler hat vor

der Wahl gewusst, dass die CDU nach der Wahl nicht mit der AfD zusammenarbeiten wird. Die Ansage war sehr deutlich. Und insoweit würde ich eher zur Erkenntnis kommen, dass die Wählertäuschung eintreten würde, wenn es nach der Wahl ein anderes Handeln gegeben hätte.

Uta Deckow

Und mit Blick auf die Bundestagswahl muss man ja auch mal klar sagen, kommt noch ein Aspekt dazu. Dort sieht ja gerade alles nach einer Großen Koalition aus – möglicherweise – und auch darauf spekuliert man hier sicherlich. Was in der Öffentlichkeit ja vielleicht nicht so gesehen wird, aber für eine Landesregierung ist es schon immens wichtig, gute Drähte nach Berlin zu haben, in die Bundesregierung. Und die hätte man natürlich als CDU und SPD hier im Land freilich schon. Auch der SPD-Chef setzte im Plenum auf versöhnliche Töne Richtung der Partner, mit denen man zusammenarbeiten will, die man ja noch braucht: Grüne, Linke aber eben auch noch mal besonders Richtung BSW.

Henning Homann, SPD

Ja, die Koalitionsverhandlungen waren hart. [Ich] möchte aber an dieser Stelle noch mal sagen: Auch wenn wir uns mit BSW nicht geeinigt haben, möchte ich meine Meinung nicht ändern. Das, was ich kennengelernt habe, sind viele Menschen, die ehrlichen Herzens sind und die das Interesse haben, genau wie wir für dieses Land etwas Gutes zu tun. Liebe Susanne Schaper, mich beeindruckt, welche Rolle die Linksfraktion hier in diesem neuen sächsischen Landtag ausführt. Überraschen tut es mich nicht. Und das gilt auch für die Bündnisgrünen. Da wurde in den vergangenen Monaten vieles erzählt, was nicht stimmte.

Daniel Schrödel

Apropos Bundestagswahl. Für drei Parteien wird dieser 23. Februar, der bald ansteht, wohl eine Zitterpartie. Die FDP, die Linke und das BSW liegen allesamt entweder knapp über oder unter der Fünf-Prozent-Hürde, so der Stand der neuesten Infratest-Umfrage. Klar ist aber auch, auch die Umfrage ist ja nur eine Momentaufnahme und viele Wählerinnen und

Wähler, die entscheiden sich erst kurz vor der Wahl. Beim *Interview der Woche*, von den Kollegen im ARD-Hauptstadtstudio, wurde nun Sahra Wagenknecht vom BSW gefragt, was denn passiert, wenn ihr BSW nicht den Sprung in den Bundestag schafft.

Sarah Wagenknecht, BSW

Die Wahl ist auch eine Abstimmung über meine politische Zukunft. Das ist ja völlig klar. Wenn man nicht im Bundestag ist, dann hat man in Deutschland keine politische Stimme. Objektiv ist es das, weil man ohne Bundestagsmandat nicht mehr gehört wird. Aber ich denke über diesen Fall gar nicht nach, weil ich sehr zuversichtlich bin, dass wir oberhalb von fünf Prozent landen.

Uta Deckow

Das sieht man ja momentan auch am Kanzler. Egal, wie die Umfragen sind, Wahlkämpfer müssen einfach auf Sieg setzen, vielleicht auch für sich selbst, um diesen Wahlkampfmarathon tatsächlich durchzukämpfen. Die Aussage von Sahra Wagenknecht ist jetzt ein bisschen anders. Ob das jetzt vor der Wahl so geschickt war, ihre persönliche Zukunft damit so zu verknüpfen, ob das Wähler eher abhält oder pro BSW noch mal zieht, weil man ja nicht auf Sahra Wagenknecht verzichten müsste, da bin ich sehr gespannt auf den Wahlabend. Wir haben uns zumindest mal unter den BSW-Abgeordneten im Landtag umgehört, wie sie das sehen.

In einer früheren Podcast-Folge hatte ja der stellvertretende Landesvorsitzende Ronny Kupke schon Fragezeichen geäußert, wie es mit dem BSW auch in Sachsen weitergeht, wenn die Partei nicht gewählt wird in den Bundestag. Vor dem Mikrophon sind erst der Landtagsabgeordnete Lutz Richter und dann Uta Knebel zu hören.

Lutz Richter, BSW

Naja, die Schwierigkeit besteht ja schon, dass man außerhalb eines Parlamentes, wenn man also nicht Vollzeitpolitiker oder -politikerin ist, wie kann man dann Politik den ganzen Tag gestalten? Diese Schwierigkeit sehe ich auch. Sie

wird aber definitiv eine wichtige Stimme im BSW bleiben, unabhängig davon, was am 23. passiert.

Uta Knebel, BSW

Ich weiß, dass die Sahra Wagenknecht immer schon mit Politik verbunden war. Also selbst wenn sie sich vielleicht für einen Moment rausnehmen würde, könnte sie es, glaube ich, nicht auf Dauer. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass sie die Partei dann alleine stehen lässt, sondern dass es weitergeht. Aber ich habe Hoffnung, dass wir es schaffen.

Daniel Schrödel

Und der Auftritt von Wagenknecht diese Woche in Dresden, der hat aber Ute Knebel, die da zuletzt zu hören war, ganz optimistisch gestimmt, sagt sie. Viel war los in der Halle 1 der Messe Dresden. Es waren wohl etwa um die tausend Gäste dort.

– Gesang –

Zur Einstimmung trat dort schon wie zum Wahlkampfhöhepunkt bei der Landtagswahl hier in Sachsen der Liedermacher Tino Eisbrenner auf. Den kennt man, zu DDR-Zeiten hat er den einen oder anderen Hit gelandet, aber zuletzt sorgte Eisbrenner für Schlagzeilen, weil er mitten in Zeiten des Krieges in der Ukraine lobende Worte für Putin findet und ohne Kreml-Kritik in Moskau auftrat. Das dann auch noch bei einem Musikwettbewerb, bei dem traditionelle Lieder aus Sowjetzeiten oder über den Zweiten Weltkrieg neu interpretiert werden sollen.

Uta Deckow

Die Anschläge, das haben wir ja gesehen, haben das Wahlkampfthema des BSW, Krieg und Frieden, jetzt deutlich hinter das Thema Migration, auch hinter das Thema Wirtschaft getränkt. Wir haben auch erlebt, dass ob der Regierungsbeteiligung des BSW Diskussionen da waren, die der Partei jetzt nicht nur genutzt haben. Aber es ist Wahlkampf. Und für Sahra Wagenknecht sind da andere, nämlich die Medien Schuld an den Umfrageergebnissen. Die würden angeblich das BSW niederschreiben,

dann aber Attacke auf die politischen Mitbewerber. Die würden Deutschland noch weiter in den Niedergang führen. Das Friedensthema würde an den Rand gedrängt. Die Argumente sind ja bekannt. Haben wir auch im Podcast schon drüber geredet. Deutschland müsse wieder Gas und Ölvorkommen Russland kaufen, um die Wirtschaft mit günstiger Energie zu versorgen. Auf Trump konnte sie da bei ihrem Wahlkampfauftritt in Dresden noch nicht eingehen. Beim ZDF war sie am Donnerstagabend eingeladen, am langen Wahlabend. Da kann man noch mal nachschauen, wer es noch nicht gesehen hat. Zum einen, wie ihr Auftritt war, und zum anderen, wie sie dann dort auch die Zuschauerfragen gekontert hat. Aber bleiben wir mal beim Auftritt in Dresden am Montag. Viel Applaus von den eigenen Anhängern. Aber nicht nur von da. Dieser 67-Jährige beispielsweise aus der sächsischen Schweiz meinte:

O-Ton

Ich bin ein alter Grüner, aber ins ich gucke mir auch immer gerne die anderen Parteien an. Und ich bin auch ein Wehrdienstverweigerer, aber ich habe in der Ukraine-Frage eine völlig andere Meinung. Leider. Von daher werde ich sie wahrscheinlich nicht wählen können. Aber ich finde es wichtig, wenn sie im Bundestag wäre, wäre ich total dafür. Ich bin für Meinungsvielfalt, immer. Ich komme aus dieser Generation, wo es zwei, drei Parteien nur gab und finde es toll, dass das also jetzt viele kleinere Parteien gibt und eine größere Meinungsvielfalt. Und deswegen war ich ein großer Anhänger der Ampel. Aber das ist leider schiefgegangen. Dass sich drei völlig unterschiedliche Parteien zusammenraufen. Nur das ist Demokratie. Dass Leute miteinander einen Konsens finden, die eigentlich sich nicht leiden können, (lacht) um es hart zu sagen. Das finde ich gut.

Uta Deckow

Ja, der Kompromiss. So wichtig in der Demokratie und wird schwieriger anscheinend. Nach dem Scheitern der Ampelkoalition dürfte die Begeisterung für eine neue Dreierkonstellation in Berlin, glaube ich, Daniel, eher geringer sein.

Auch das gehört zur Wahrheit. Je mehr Parteien in den Bundestag kommen, umso wahrscheinlicher würde ja diese Konstellation, dass es dann nicht für zwei Parteien reichen würde. Hört man auch beim CDU-Kanzlerkandidaten Merz raus, wenn der jetzt seinen eigentlichen Lieblingskoalitionspartner FDP dann doch nicht für so Unverzichtbar im Bundestag hält, weil ihm die Stimmen, die die FDP kriegen würde, lieber wären. Also, für uns sind Sie, seid ihr, unverzichtbar. Wir freuen uns auf Post: sachsenpodcast@mdr.de. Eure Meinung ist gefragt.

Daniel Schrödel

Und damit sind wir fast am Ende dieser Folge vom Sachsen-Politik-Podcast angekommen. Falls ihr mal eine Pause von Landespolitik und Bundestagswahlkampf braucht, hört doch mal in den Podcast *In Polen* rein. Die Kollegen aus dem ARD-Studio in Warschau bieten dort sehr spannende Einblicke in die politischen Wirren und gesellschaftlichen Themen unseres Nachbarlands. Am Mikrofon verabschiedet sich Daniel Schrödel.

Uta Deckow

Und Uta Deckow. Und im Hintergrund hat wie immer unser Kollege Lucas Görlach die technischen Fäden in der Hand.

Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier: <https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>